

«Wettbewerb ist anstrengend»

Der abtretende Vontobel-CEO Zeno Staub will in den Nationalrat – warum ausgerechnet für Die Mitte?

Zeno Staub, was haben Sie eigentlich gegen die FDP?
Gegen die Freisinnigen? Überhaupt nichts.

Sie sind – noch – CEO der Privatbank Vontobel und damit einer der wichtigsten Wirtschaftsführer der Schweiz. Jetzt kandidieren Sie für den Nationalrat, aber für Die Mitte. Früher wäre es selbstverständlich gewesen, dass eine Person wie Sie bei der FDP auf der Liste steht. Das mag sein, aber für mich ist Die Mitte jene Partei, in der ich mich mit meinem Hintergrund, meinen Überzeugungen und Wertvorstellungen wohl fühle: Freiheit, aber eben auch Verantwortung und Solidarität.

Als Mitte-Vertreter politisieren Sie urbürgerlich. Sie sprechen auf Ihrer Website etwa von einer «links-grünen Utopie einer durch Verbote, Bevormundung und Umverteilung vom Himmel fallenden Wohlfühlgesellschaft». Wo machen Sie diese aus?

Zum Beispiel bei der Einstellung zur Arbeit. In der Schweiz sind wir leistungsbereit, setzen uns ein, machen auch Überstunden, wenn es sein muss. Die Folge ist ein hoher Wohlstand für uns alle. Wenn ich aber gewisse Verlautbarungen von führenden SP-Politikern höre, ist das die Unterwerfung der Lohnempfänger unter das Kapital. Es wird negiert, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Input und Output, das stört mich.

Sie kritisieren staatliche Verbote, Bevormundung und Umverteilung. Ihrer Mitte-Partei sind genau solche Mittel allerdings nicht fremd. Sind Sie mit Ihrer klaren Haltung also nicht trotzdem auf dem falschen Dampfer?
Nein. Ich sehe die Welt sehr wohl auch anders als zum Beispiel gewisse Vertreter der FDP.

Nämlich?
Man kann sich nicht nur das Lehrbuch des ersten Semesters Volkswirtschaftslehre einverleiben und den Inhalt mantraartig wiederholen. Man muss sich

«Die AWG wird bis zu 150 000 Franken für den Wahlkampf aufwenden. Meine Frau und ich steuern einen relevanten Beitrag bei.»

auch zu den Semestern durchkämpfen, in denen es um unvollständige Eigentumsrechte geht, um Informationsasymmetrien, Transaktionskosten und so weiter.

Sie sind wirtschaftsliberal, vertrauen dem Markt aber trotzdem nicht so recht? Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass Märkte in der Realität oft unvollkommen sind. Wenn Eigentumsrechte fehlen, leidet die Umwelt. Der Markt neigt auch zur Kollusion. Es braucht den Staat, um Wettbewerb durchzusetzen, denn Wettbewerb ist anstrengend. Zudem sinkt global die Akzeptanz für den Freihandel. Deshalb ist es notwendig, dass in unserem exportabhängigen Land die Politik bei der Frage mithilft, wie durch diese Welt-Unordnung zu navigieren ist.

Sie kandidieren nicht auf der Hauptliste der Zürcher Mitte, sondern für eine etwas obskure und wohl auch chancenlose Untergruppe, die AWG. Das ist die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem ist Die Mitte in Zürich eine kleine Partei, auch das schmälert Ihre Wahlchancen. Das ist strategisch doch ziemlich ungeschickt.
Auf der AWG-Liste finden Sie gestandene Persönlichkeiten, und wir haben eine reelle Chance. Rein rechnerisch braucht es etwas mehr als 2,5 Prozent der



Zeno Staub geht neben dem Banking auf Stimmenfang. Politische Erfahrung: keine.

MICHEL CANONICA/TBM

Stimmen, um im Kanton Zürich einen Nationalratsitz zu gewinnen. Das sind etwa 10 000 Wählerinnen und Wähler.

Die Mitte ist aus der CVP hervorgegangen, wie wichtig ist das C für Sie?

Ich bin für die Trennung von Kirche und Staat, aber ich wurde katholisch sozialisiert, und ich bezeichne mich als gläubig. Das C hat also durchaus eine Bedeutung für mich. Ich bin sogar Mitglied der Rechnungsprüfungskommission meiner Kirchgemeinde.

Sie schrieben bei der Ankündigung Ihrer Kandidatur, dass Sie der Schweiz und ihren Menschen etwas zurückgeben wollten. Ihre Kandidatur ist also quasi ein Geschenk für das Land. Das ist eine sehr selbstbewusste Ansage für einen Politnovizen.

Ich würde mich nie als Geschenk für die Schweiz bezeichnen, aber das Land hat mir tatsächlich sehr viel gegeben.

In welchem Sinn?

Das fängt schon bei der Ausbildung an. Ich würde heute nicht hier sitzen, wenn das Bildungssystem erstens nicht faktisch kostenlos wäre und es zweitens kein Weltklassenniveau hätte. Als Sohn eines katholischen Arbeiters und einer Mutter, die sich um uns Kinder und den Haushalt kümmerte, konnte ich in einer Zürcher Privatbank Karriere machen. Das ist in der Schweiz nur möglich, weil bei uns Chancengerechtigkeit herrscht und wir eine Leistungsgesellschaft sind. Das ist alles andere als selbstverständlich.

Als CEO sind Sie der Chef und bestimmen, wo es langgeht. Als Nationalrat wären Sie einer von 200, Sie müssten sich durch Sitzungen quälen und hätten letztlich gar nicht so viel zu sagen. Würden Sie das aushalten?

Das ist eine berechtigte Frage. Man muss sich einfach bewusst sein, dass das zwei verschiedene Rollen sind. Der CEO entspricht der politischen Exeku-

tive, das Parlament ist die Legislative. Es funktioniert mehr wie ein Verwaltungsrat, es legt die Rahmenbedingungen fest und überlässt die Ausführung anderen. Man muss in dieser Rolle auch ganz bescheiden anerkennen, dass ein Staatswesen x-mal komplizierter ist als jedes Unternehmen.

Wollen Sie in Bern in erster Linie als Bankenlobbyist politisieren?

(Überlegt.) Ich denke, dass es zulässig und auch politisch so gewollt ist, dass Volksvertreter ihre Interessen und Fachkenntnisse einbringen. Es kann jedenfalls nicht schaden, wenn es Leute gibt, die gewisse Branchen à fond verstehen. Ich kann aber sehr wohl unterscheiden zwischen Fakten und branchenspezifischen Interessen.

Welche Verbindungen in die Finanzbranche würden Sie bei einer Wahl behalten?

Nur mein VR-Mandat bei Vontobel, das ich ein Jahr nach meinem Rücktritt als CEO antreten soll.

Streben Sie weitere Mandate an?

In der Finanzbranche nicht. Seit gut einem Jahr bin ich Verwaltungsrat bei der Bühler Group. Ich will genügend Zeit für die Politik und die AWG reservieren. Ich bin aber offen für das, was das Leben noch bringt.

Das grösste politische und wirtschaftliche Ereignis des Jahres war die notfallmässige Rettung der Credit Suisse durch die UBS und den Staat. Was müssen wir tun, dass so etwas nicht mehr vorkommt?
Für eine Antwort ist es noch zu früh. Auch ich als Branchenkenner kann die Situation nur von aussen beurteilen. Was wir alle an diesem bedeutungsvollen Wochenende im März erleben mussten, ist, dass eine über Jahre von Experten erarbeitete, tausend Seiten starke «Too big to fail»-Planung in diesem konkreten Fall offenbar nicht anwendbar war.

Warum nicht?

Genau für diese Frage wurden eine Expertenkommission des Finanzdepartements und eine PUK eingesetzt. Die beiden Organe können auch nicht-öffentliche Informationen auswerten. Warten wir ab, zu welchen Schlüssen sie kommen.

Sie sprechen sich in Ihrem Wahlprogramm für den Wettbewerb aus. Ist dieser mit dem Verschwinden der Credit Suisse noch gegeben?

In wesentlichen Bereichen auf jeden Fall. Für Schweizer Retail-Kunden, die ein Konto, eine Kreditkarte und vielleicht noch eine Hypothek brauchen, ist der Wettbewerb nicht eingeschränkt. Im globalen grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft kommt selbst die riesige UBS nicht auf mehr als 5 Prozent Marktanteil. Ein anderes Thema ist das Corporate Banking, wenn also eine Bank ein Unternehmen zum Beispiel bei einer internationalen Expansion begleitet.

Was sollte dort passieren?

Die Politik sollte für offene Märkte sorgen. Genau wie Sie vielleicht manchmal die Kreditkarte einer ausländischen Digitalbank verwenden, weil der Wechselkurs etwas besser ist als bei Ihrer Hausbank, sollten auch die Hürden für internationale Kommerzbanken für den Eintritt in den Schweizer Markt tief sein. Wir alle profitieren von mehr Wettbewerb.

Auch der Staat mischt mit seinen Institutionen im Wettbewerb mit. Braucht es ZKB und Co. noch?

Als Mitbewerber schon, aber über die Eigner sollten wir diskutieren. Wenn es heisst, dass die UBS zu gross sei für die Schweiz, dann gilt aus Zürcher Sicht das Gleiche für die ZKB. Ihre Bilanzsumme ist grösser als die Wirtschaftsleistung des Kantons. Ich würde eine Teilprivatisierung unterstützen. Das wäre auch bei der Postfinance ein gangbarer Weg. Der Wettbewerb würde weiter gestärkt.

Andere Wirtschaftsführer und Unternehmer, die politisch aktiv sind, agieren als wichtige Geldgeber ihrer Partei. Wie ist das bei Ihnen?

Die AWG wird etwa zwischen 120 000 und 150 000 Franken für den Wahlkampf aufwenden. Meine Frau und ich werden dazu einen relevanten Beitrag beisteuern.

Verglichen mit anderen Gruppierungen ist das eine vergleichsweise kleine Summe. Wir führen keine Materialschlacht, sondern wollen über Argumente gewinnen.

Interview: Zeno Geisseler, Eflamm Mordrelle

Rekurse gegen Mindestlöhne eingegangen

Bezirksräte Winterthur und Zürich beschäftigen sich mit Vorlagen

zge. · 23 Franken pro Stunde in Winterthur, sogar 23 Franken 90 in Zürich: Diese Mindestlöhne haben die Stimmbürger der zwei grössten Städte des Kantons Zürich im Juni an der Urne beschlossen. Doch nun verzögert sich die Umsetzung. Wie die beiden Städte mitgeteilt haben, sind gegen die Vorlagen Rekurse beim jeweiligen Bezirksrat eingegangen. Dass die Mindestlöhne nicht einfach so akzeptiert werden würden, ist keine Überraschung. Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände hatten bereits im Juni angekündigt, gegen die Einführung den Rechtsweg zu beschreiten.

Einer der Rekurse stammt vom Gewerbeverband der Stadt Zürich, wie dessen Präsidentin Nicole Barandun bestätigt. «Wir wollen die Frage juristisch klären lassen, ob kommunale Mindestlöhne überhaupt rechtens sind», sagt sie. Bis jetzt gibt es in der Schweiz nur kantonale Mindestsätze, nicht aber auf Gemeindeebene. In Winterthur habe die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung zusammen mit dem KMU-Verband Rekurs eingereicht, sagt der Handelskammer-Präsident Thomas Anwander.

Der Entscheid des Bezirksrats kann an das kantonale Verwaltungsgericht und dann an das Bundesgericht weitergezogen werden. Das kann dauern: Der Kanton Neuenburg hatte 2011 die Einführung von Mindestlöhnen beschlossen, das Bundesgericht bestätigte deren Gültigkeit dann erst 2017 mit der Abweisung von Beschwerden. Ob auch bei den kommunalen Zürcher Mindestlöhnen der Rechtsweg bis zum Schluss bestritten wird, werde zu gegebener Zeit entschieden, sagt Thomas Anwander. «Zuerst warten wir den Entscheid des Bezirksrats ab.»

Kritik an den Rekursen gibt es aus der SP und den Gewerkschaften. Es gehe den Rekurrenten einzig darum, die Einführung der Mindestlöhne zu verzögern, schreibt die SP. Mehrere Rechtsgutachten hätten die Gültigkeit von kommunalen Mindestlöhnen bereits eindeutig positiv beurteilt. Der Volkswille sei zu respektieren. In der Stadt Zürich war der Mindestlohn mit rund 69 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden, in Winterthur mit 66 Prozent. Noch 2014 war ein nationaler Mindestlohn deutlich abgelehnt worden. Die Stadt Zürich teilt mit, dass sie unabhängig von den Rekursen mit den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der Mindestlöhne fortfahren werde.

Bis zu 5000 Franken für Augenzeugen

Die Polizei ermittelt weiter zur Schlägerei im Arboretum

sho. · Am frühen Morgen des 28. Mai kam es im Arboretum am Mythenquai in Zürich zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Personengruppen. Dabei wurden drei Schweizer im Alter von 16 und 17 Jahren zum Teil schwer verletzt und mussten notoperiert werden. Während der Schlägerei waren laut der Polizei gefährliche Gegenstände zum Einsatz gekommen.

Trotz einem ersten Zeugenauftrag durch die Stadtpolizei Ende Mai und intensiven Ermittlungen mit zahlreichen Befragungen konnte der Hergang der Tat noch nicht vollständig geklärt werden. Nun ruft die Kantonspolizei in einer Mitteilung noch einmal dazu auf, es solle sich bei ihr melden, wer Angaben zur Täterschaft machen könne. Zeugen sind gebeten, unter der Telefonnummer 058 648 48 48 anzurufen. Für Hinweise, die zur Aufklärung des Gewaltdelikts beitragen, setzt sie eine Belohnung in der Höhe von bis zu 5000 Franken aus.